

## Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Handlungsalternativen zur Minderung der Auswirkungen der sozialen und ethnischen Segregation auf die halleschen Grundschulen zu ~~entwickeln und prüfen~~ und **durch einen interkommunalen Vergleich sowie Austausch mit dem Bildungsministerium alternative Lösungen und Handlungsoptionen zu prüfen und da heraus Handlungsoptionen aufzuzeigen, die in der Stadt Halle umsetzbar sind und das Ergebnis** dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen. Dabei sind ~~neben~~ Möglichkeiten zur strategischen Anpassung der Schulbezirke auch ~~weitere bestehende Handlungsoptionen aufzuzeigen~~ zu prüfen.
  - a. ~~Ziele sollen u.a. eine gleichmäßigere Verteilung von Grundschulern mit unzureichender deutscher Sprachkompetenz und von Kindern unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft auf die Grundschulen im Stadtgebiet sein.~~ **Ziel sind gerechter Bildungschancen und für Kinder mit geringerer deutscher Sprachkompetenz eine Förderung durch mehr Kontakte mit Muttersprachlern.**
  - b. Hinsichtlich möglicher Anpassungen der Schulbezirke, **bei Überschreitung einer Obergrenze für Kinder mit geringer Sprachkompetenz (Deutsch) oder über individuelle Anträge der Eltern, beispielsweise bei einer hohen Quote zur Sprachförderung an Grundschulen**, sollen auch Alternativen geprüft werden, die zu einer vertretbaren Überschreitung einer Schulweglänge von 2.000 m führen würden bzw. führen könnten.
  - c. Für jede Handlungsoption sind die jeweiligen Vor- und Nachteile, zur Umsetzung erforderliche Beschlüsse sowie etwaige Kosten darzustellen.
2. Der Bildungsausschuss ist fortlaufend, mindestens jedoch alle zwei Monate, über den Stand der Erarbeitung zu informieren.